

Beschluss V-7: Die scheiß Mieten sind zu hoch!

Laufende Nummer: 34

Status:	angenommen
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 12 - Verschiedene Anträge

Wohnen darf kein Luxus sein

Jahr für Jahr erscheinen neue Statistiken, die immer deutlicher zeigen: Die Mieten steigen schneller als unsere Löhne. Für viele wird ein kleines WG-Zimmer zur Luxusware und bezahlbarer Wohnraum immer mehr zu einer bloßen Erinnerung an alte Zeiten.

Das Mantra "Bauen, bauen, bauen" erhöht zwar die Zahl der Wohnungen, verringert aber keine Mieten. Denn wenn neuer Wohnraum entsteht, ist er oft alles andere als bezahlbar. Außerdem wird dadurch immer weiter Flächenfraß vorangetrieben, da die aktuelle Bundesregierung statt dem Bau in die Höhe oder Sanierungen für Wohnflächenvergrößerung auf deutlich teurere Baumaßnahmen in Neubaugebieten setzt. Die einzigen, die signifikant bezahlbaren Wohnraum bauen, sind die staatlichen und kommunalen Wohnungsbaugesellschaften. Luxus-Neubauten, die gerne von privaten Vermietern errichtet werden, helfen nicht der großen Mehrheit der Menschen, sondern treiben die Wohnungspreise weiter nach oben - weil die ortsübliche Vergleichsmiete steigt. Schon jetzt geben in Deutschland Familien 30% und mehr ihres Monatsbudgets für die Miete aus, Auszubildende und Studierende sogar 42% bzw. 54%.

Für viele Menschen mit geringem Einkommen ist die einzige Hoffnung aktuell das Wohngeld. Nur so können sie Miete und Lebensmittel finanzieren. Doch so überbrückt der Staat das Problem für die Bürger*innen nur. Das Problem: Damit finanziert der Staat Monat für Monat die Rendite von Aktionär*innen. Denn ob die Wohnung zu teuer ist, spielt bei der Berechnung kaum eine Rolle. Relevant ist das Monatseinkommen in Relation zur Miete.

Doch es gibt auch Lösungen: 2019 wurde ein Mietendeckel in Berlin eingeführt, der Mieten für 5 Jahre angehalten hätte und 1,5 Millionen Mietende entlastet hat. Das Bundesverfassungsgericht entschied am Ende, dass Berlin nicht zuständig sei - es ist also an der Zeit, dass der Bund endlich handelt! Überall wo Mietenkämpfe geführt werden, sehen wir eine starke Immobilienlobby - die gerne auch den Wahlkampf der CDU mitfinanziert. Gesetze im Sinne der Vermieter*innen sind also kein Zufall - sondern Wahlgeschenke, jedoch nicht für die arbeitende Bevölkerung: Denn dort, wo mit Wohnraum Profit gemacht werden kann, wird er niemals für alle bezahlbar sein. Wuchermieten sind kein Einzelfall, sondern haben System. Für uns als GRÜNE JUGEND steht fest, dass es so nicht weitergehen kann!

Warum Mietendeckel?

Solange wir nicht die großen Wohnungskonzerne vergesellschaften, gehört der Wohnraum nicht den Menschen, die darin leben, sondern Investor*innen, die mit ihm Profite machen. In dieser Realität brauchen wir ein Instrument, das Mieten sofort senkt und weitere Steigerungen verhindert. Die Lösung ist ein bundesweiter Mietendeckel!

*Ein Mietendeckel entlastet alle Mieter*innen durch die Senkung und Regulierung von Bestandsmieten und Neuvermietungen. Er kämpft gegen die Übermacht der Konzerne durch klare Regeln und schafft Sicherheit für kleine private Vermieter*innen. Verdrängung aus der Nachbarschaft wird entgegengewirkt, weil Menschen mit normalen Einkommen sich die Mieten endlich wieder leisten können und am Ende*

spart es dem Staat sogar Geld, weil das Wohngeld nicht mehr in den Rachen der Konzerne gespült wird.

Bezahlbaren Wohnraum im Bündnis erkämpfen

Wir stehen nicht allein. In vielen Städten gibt es starke Bündnisse von Mieter*inneninitiativen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Gruppen, die seit Jahren gegen explodierende Mieten kämpfen. Von „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ bis hin zu lokalen Mietinitiativen – überall wächst der Widerstand gegen die Profitlogik des Wohnungsmarktes. Alle gemeinsam haben sich jetzt zusammengeschlossen im Bündnis „Mietendeckel jetzt!“ bei dem auch wir beigetreten sind und uns mit den Ortsgruppen im nächsten Jahr engagieren wollen.

Wir als GRÜNE JUGEND wollen uns klar an die Seite dieser Bewegungen stellen. Unsere Forderungen knüpfen an die bestehenden Kämpfe an, machen aber auch unseren grundsätzlichen Anspruch deutlich: Wir wollen den Wohnungsmarkt nicht nur regulieren, sondern seine Profitlogik überwinden. Wohnen ist ein Menschenrecht – und deshalb darf es keine Ware sein.

Was wir fordern

Wir fordern als GRÜNE JUGEND eine radikale Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Dazu gehören:

1. Ein bundesweiter Mietendeckel

- Bundesweiter Mietenstopp für 6 Jahre für ganz Deutschland
- Eine klare Obergrenze der Miethöhen für Neuvermietungen im Neubau.
- Absenkung überhöhter Bestandsmieten auf festgelegte Obergrenzen
- regelmäßige verdachtsunabhängige Kontrollen von Mietverträgen

2. Vergesellschaftung von Wohnkonzernen

- Alle Immobilienkonzerne mit über 3000 Wohnungen müssen kostenneutral vergesellschaftet werden. Genossenschaften, kommunale Wohnungsbaugesellschaften und private Vermieter*innen die weniger als 3000 Wohnungen vermieten, sind hier also nicht betroffen
- Häuser sollen denen gehören, die darin wohnen - Anstatt öffentlichen Rechts

3. Verpflichtender Anteil an sozial gebundenem Wohnungsbau

- Bei jedem Neubauprojekt muss mind. 50% sozial geförderter Wohnraum entstehen
- Diese Wohnungen müssen dauerhaft gebunden sein – nicht nur für wenige Jahre.

4. Leerstand unter Strafe stellen

- Wohnraum darf nicht leer stehen, während Menschen keine Wohnung finden.
- Stehen Wohnungen mehr als 6 Monate leer und dem Wohnungsmarkt nicht zur Verfügung, ohne das darin Baumaßnahmen stattfinden, werden diese Gemeineigentum
- Aktuell wissen Städte und Gemeinden oftmals gar nicht, welche Wohnungen überhaupt Leerstehen und wie teuer Wohnungen vermietet werden. Ein Miet- und Wohnkataster für ganz Deutschland muss erhoben und regelmäßig aktualisiert werden

5. Housing First * etablieren

- Nationalen Aktionsplan zur Überwindung von Obdach- und Wohnungslosigkeit bis 2030 endlich umsetzen
- 600.000 Plätze in Notunterkünften ganzjährig für alle Wohnungs- und Obdachlosen Personen bereitstellen und dabei Bedarfe wie Schutzräume und Tiermitnahme abdecken

6. Kündigungsschutz verstärken

- Vermieter*innen müssen Wohnungstausche akzeptieren und haben kein Veto-Recht
- Räumungen auf die Straße, also ohne geklärte weitere Wohnmöglichkeit für die Betroffenen, dürfen nicht stattfinden

7. Neuen Wohnraum im Bestand schaffen

- Kommunen sollen Mittel erhalten, um Wohnraumberatung & Wohnungstauschbörsen zu etablieren
- Umbaumaßnahmen für große Wohnungen und Häuser müssen rechtlich erleichtert und finanziell unterstützt werden

Ein bundesweiter Mietendeckel ist das richtige Signal an Millionen Mieter*innen, die seit Jahren mit steigenden Mieten kämpfen. Aber er ist nur der Anfang. Denn langfristig müssen wir Wohnraum der Profitlogik entziehen, Vergesellschaftung durchsetzen und Wohnen als Grundrecht umsetzen.

Um uns als GRÜNE JUGEND als starke Partnerin im Bereich Mieten aufzustellen, werden wir die Gelegenheit nutzen und im nächsten Jahr die Kampagne „Mietendeckel jetzt!“ unterstützen. Dafür werden wir verschiedene Leitfäden, Workshops und ähnliches anbieten, um Ortsgruppen in Bündnisarbeit, Mietenpolitik und Mobilisierung zu schulen. Wir haben Bock und freuen uns darauf, mit euch für den Mietendeckel und sozial gerechte Wohnungspolitik zu streiten!

***Erklärung zum Begriff Housing First:** Housing First ist ein Ansatz zur Wohnungslosenhilfe, bei dem obdachlose Menschen sofort eine eigene Wohnung erhalten – ohne vorher Bedingungen wie Therapie, Abstinenz oder Teilnahme an Programmen erfüllen zu müssen. Die Idee: Wohnen ist ein Grundrecht und bildet die stabile Basis, um weitere Probleme wie Sucht, Schulden oder psychische Erkrankungen anzugehen. Unterstützung durch Sozialarbeit wird angeboten, ist aber keine Voraussetzung, um die Wohnung zu behalten.